Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. Donnerstag, 9. Februar 1922 Nummer 67 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich M.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M.— M., für das übrige Ausland M.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Dritte Straße 8/9

Die zweigespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet M.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen auf Text. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M. zeilig pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ende des städtischen Streiks

Der Beschluß der Obleute

Die gestrige Konferenz der Obleute, die bis in die späten Abendstunden tagte, hat nach Feststellung des Ergebnisses der Urabstimmung über den Abbruch des Streikes und erneute Verhandlungen mit dem Magistrat und der Reichsregierung den Abbruch des Streiks gegen nur einzelne Stimmen beschlossen, obwohl das Abstimmungsresultat eine große Mehrheit für die Fortsetzung des Streiks ergeben hatte. Der Abbruch des Streiks mußte beschlossen werden, weil sonst die Gefahr bestand, daß auch ohne die Zustimmung der Obleute in den meisten Dienststellen sich eine große Anzahl von Arbeitswilligen zur Aufnahme der Arbeit gefunden hätten. Das hätte zur Folge gehabt, daß in den Reihen der städtischen Arbeitnehmer Gegensätze entstanden wären, die zu einer weiteren Schwächung ihrer Kampfkraft geführt hätten, womit die jetzt abgewehrten geplanten Verschlechterungen später hätten durchgesetzt werden können.

Der Entschluß der Obleute, den Kampf trotz des Willens der Streikenden nicht weiter fortzusetzen, muß dem Magistrat eine dringende Mahnung sein, jetzt seinerseits nicht agressiv gegen die Streikenden vorzugehen. Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes hat in der Konferenz der Obleute den städtischen Arbeitnehmern ausdrücklich volle Unterstützung zugesagt für den Fall, daß der Magistrat Maßregelungen planen solle. Wenn vielleicht auch für den Augenblick nicht die sofortige Wiederaufnahme des Kampfes in Frage kommt, so zeigt doch das Abstimmungsergebnis ganz deutlich, daß der Kampfeswille und die Kraft der städtischen Arbeitnehmer durchaus nicht gebrochen ist; der Magistrat würde also damit die Verantwortung auf sich laden, wenn er etwa neue Kämpfe verschulden und damit eine ruhige Entwicklung des noch immer im Werden begriffenen Groß-Berlins außerordentlich störend beeinflußen würde. Der Magistrat wird bei seinen Handlungen auch zu bedenken haben, daß er bei einer früheren Gelegenheit gegenüber städtischen Arbeitnehmern mit entsprechender Milde verfahren konnte. Bekanntlich sind die seinerzeit am Kapp-Putsch beteiligt gewesenen Beamten und Angestellten nicht gemaßregelt worden, sondern man hat ihnen sogar in den Fällen, in denen eine Zusammenarbeit mit ihnen von anderen Arbeitnehmern abgelehnt wurde, trotz Nichtbeschäftigung das Gehalt laufend weiterbezahlt.

Wie wir hören, wird sich mit der Angelegenheit des städtischen Streiks am heutigen Tage eine außerordentliche Sitzung des Magistrats beschäftigen, wo alle diese Fragen zur Behandlung kommen werden. Wir rechnen bestimmt darauf, daß der Magistrat in seiner Mehrheit der vom Oberbürgermeister Böß bekundeten Absicht, eine große Anzahl von Nichtwiedereinstellungen vorzunehmen, nicht beitritt. Der Magistrat wird bei seiner Beschlußfassung zu bedenken haben, daß er durch sein langes Hinauszögern der Verhandlungen und die von ihm geplanten Angriffe auf die Rechte der Arbeiterschaft zum nicht geringen Teil schuld an der Entstehung des Kampfes hat.

Die Streikenden und der Magistrat

Die am gestrigen Mittwoch stattgefundene Obleutekonferenz der im Streik stehenden städtischen Arbeiter nahm einleitend den Bericht über die Urabstimmung in den Betrieben entgegen. Aus technischen Gründen konnten nicht sämtliche Streikenden durch die Urabstimmung erfaßt werden. Eine Anzahl von Großbetrieben und Straßenbahnhöfen hat eine abermalige Urabstimmung zum Teil einstimmig abgelehnt, so daß bei der Urabstimmung nur 37 075 Stimmen abgegeben worden sind. **Für Fortsetzung des Streiks wurden 30 463, für Aufnahme der Arbeit 6351 Stimmen abgegeben,** ungültig waren 461 Stimmen. Von den Angestellten waren 980 für den Streik und 1002 gegen den Streik abgegeben. Von verschiedenen Bezirken lagen Protestresolutionen gegen den Aufruf der Gewerkschaften und gegen die Haltung des „Vorwärts" und der „Freiheit" vor.

Ueber die Situation berichtete Polenzke. Er wies u. a. darauf hin, daß die städtischen Arbeiter in ihrem Kampfe von der Berliner Bevölkerung fast nicht unterstützt wurden und somit fast allein stehen. Diese unangenehme Tatsache könne nicht aus der Welt geschafft werden. Ausschlaggebende Organisationen, wie der Bund der Technischen Angestellten und Beamten sowie der Werkmeister-Verband, ständen nicht an der Seite der Streikenden. Die Technische Nothilfe und mit ihr die genannten beiden Organisationen sowie auch andere Arbeitswillige würden die Betriebe weiterführen. Der Kampf könne, da ein Erfolg nicht zu erwarten sei, nicht weitergeführt werden. **Die Streikleitung empfehle deswegen den Abbruch des Streiks.**

Der Vertreter des A. D. G. B. Graßmann teilte mit, daß sich die Spitzenverbände dafür einsetzen werden, daß Maßregelungen nicht erfolgen. Er forderte von den städtischen Arbeitern Vernunft und Rücksichtnahme auf die Bevölkerung Berlins. Wo berechtigte Vorwürfe gegen den Magistrat vorhanden sind, werde der A. D. G. B. dafür eintreten, daß Abhilfe geschaffen werde.

Nach kurzer Diskussion beschloß die Obleutekonferenz mit großer Mehrheit, eine Kommission zum Magistrat zu entsenden. Gegen die Zusage des Magistrats, daß keine Maßregelungen stattfinden, würde die Arbeit in den städtischen Betrieben sofort aufgenommen werden.

Die Kommission verhandelte alsdann mit dem Oberbürgermeister Böß im Beisein der beiden Stadträte Brühl und Kohl. Lagodschinski teilte den Beschluß der Obleutekonferenz mit und sprach die Erwartung aus, daß der Magistrat sich gegen die streikenden städtischen Arbeiter genau so loyal verhalten werde als wie die Regierung den streikenden Eisenbahnern gegenüber. Oberbürgermeister Böß erklärte, daß mit denjenigen städtischen Arbeitern, die bis Dienstag mittag 2 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen hätten, das Dienstverhältnis gelöst sein. Viele Leute seien in den städtischen Betrieben bereits eingestellt, so daß also eine ganze Anzahl von Plätzen besetzt sind. Mit Arbeitern, deren Plätze besetzt seien, wäre das Arbeitsverhältnis beendigt. Mit allen anderen Arbeitern, die sich zur Verfügung stellen, würde ein neues Dienstverhältnis unter Berücksichtigung der bereits erworbenen Rechte eingegangen. Das sei die einmütige Auffassung des Magistrats. Kommissionsmitglieder wiesen darauf hin, daß Arbeitern, die sich zur Verfügung stellen wollten, Reverse vorgelegt worden seien, durch deren Unterzeichnung sie sich zu einem vollkommenen neuen Dienstverhältnis verpflichten sollten. Der Oberbürgermeister erklärte darauf, daß die Reverse und die verschiedenen Anschläge in diesem Sinne ohne Einverständnis des Magistrats ausgefertigt seien. Der Vorsitzende des Heizer- und Maschinistenverbandes verlangte nun klipp und klar eine Antwort auf die Forderung der Obleutekonferenz, daß keine Maßregelungen stattfinden dürfen, anderenfalls müßten die Gewerkschaftsvorstände erneut Stellung nehmen, um über eine nunmehrige Sanktion des Streikes zu beschließen. Der Oberbürgermeister führte hierzu aus, daß Maßregelungen nicht stattfinden würden. Der Magistrat würde immer loyal handeln. Natürlich könnten die Streikenden, deren Stellung besetzt sei, nicht eingestellt werden. Diese Leute würden aber für den Fall des Bedarfs vorgemerkt. Im weiteren Verlaufe der Verhandlung führte der Bürgermeister noch aus, daß auch der radikalste Stadtrat nicht mehr diese Wirtschaft mit den Betriebsräten mitmachen könne.

Oberbürgermeister Böß und einige Stadträte waren gerade im Begriff zur Reichsregierung zu fahren, um über die Situation zu berichten und über etwa zu ergreifende Maßnahmen zu verhandeln. Einige Mitglieder der Streikleitung, darunter Lagodschinski, beteiligten sich an dieser Aussprache. Lagodschinski gab der Obleutekonferenz dann den Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Er führte aus: Auf Grund der stattgefundenen Verhandlungen und der ganzen jetzt bestehenden Situation diktiere er den Obleuten, daß sie bedingungslos den Kampf abbrechen. Der Unstern des Verrats habe von Anfang an über dem Streik gestanden. Die Streikenden würden eingestellt, soweit ihre Plätze nicht besetzt seien. Der A. D. G. B. müsse dafür sorgen, daß Maßregelungen größeren Maßstabes nicht erfolgen.

Das Reichskabinett hat verlangt, daß bis 9 Uhr abends die Erklärung abgegeben werde, daß die Arbeitsaufnahme erfolge, andernfalls sehe sich der Reichsminister des Innern veranlaßt, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um die Betriebe zu versorgen. Es sei dann zu erwarten, so führte Lagodschinski weiter aus, daß die arbeiterfeindliche Presse aufs neue mit der Dreckschleuder arbeiten würde. „Vorwärts" und „Freiheit" haben den Kampf der städtischen Arbeiter nicht verstanden. Eins ist sicher, wenn wir weiterkämpfen, würde es ein Kampf zwischen Proletariern sein. **Um einen vollständigen Zusammenbruch des Streiks zu vermeiden, fordere er die Wiederaufnahme der Arbeit,** er erwarte jedoch, daß die Streikenden nicht das Vertrauen zu den Betriebsräten und zu ihrer Gewerkschaft verlieren. Diejenigen, die auf der Strecke bleiben, müssen unterstützt werden.

Anschließend forderte Levi von der Streikleitung ebenfalls die Wiederaufnahme der Arbeit, da die Bewegung nicht mehr zu Ende gebracht werden könne. Maßregelungen würden seiner Auffassung in großem Maßstabe erfolgen. **Es gäbe aber keine Rettung mehr, als bedingungslos die Arbeit aufzunehmen.** Es müsse gesagt werden, daß die städtischen Arbeiter besiegt seien. Im gegebenen Augenblick werde aber auf Heller und Pfennig die Gegenrechnung präsentiert.

Ohne Diskussion beschloß hierauf die Obleutekonferenz gegen einzelne Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Richter macht Schule

Der Reichspräsident Ebert hat durch seine verfassungswidrige Verordnung den Beamten das Streiken verboten. Der Berliner Polizeipräsident Richter ging noch weiter. Er verfügte die Beschlagnahme der Gewerkschaftsgelder und die Verhaftung der Streikführer. Wenn große Geister dermaßen mit den Gesetzen umspringen, können die kleineren natürlich nicht ruhen. Und so ist denn der rechtssozialistische Polizeipräsident von Königsberg, Herr Lübbring, noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat durch eine Verfügung vom 3. Februar nicht nur die Beschlagnahme aller zur Durchführung des Streiks bestimmten Gelder angeordnet, sondern auch die polizeiliche Ueberwachung aller Streikversammlungen verfügt. Für diese Maßnahme bietet selbst die Verordnung Eberts keine Handhabe. Sie stellt also einen glatten Verfassungsbruch dar. Woraus zu ersehen ist, daß es in der rechtssozialistischen Partei eine ganze Anzahl führender Geister gibt, die sich von den Noskemethoden nicht freimachen können. Lächerlich muß es dann wirken, wenn derartige Geister sich hinstellen und gegen wirkliche und vermeintliche Gewaltakte der Massen losweitern, obwohl das A und O ihrer ganzen Politik auf dem Prinzip der brutalsten Gewaltanwendung beruht.

Agitation oder Verantwortlichkeit?

Von G. Aufhäuser

I.

Der Lohnstreik der Eisenbahnbeamten ist in direkten Verhandlungen des Reichskanzlers mit den beiden Führern der Reichsgewerkschaft durch ein Konpromiß zum Abbruch gebracht worden. Die Regierung wird aus dem Inhalt des Konpromisses erkennen, wie töricht es von ihr gewesen ist, bislang keine Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft zu führen und wie billig sie bei direkten Verhandlungen mit diesen „revolutionären" Gewerkschaftsführern weglommen kann. Die Einigungsformel, die unter Ausschaltung der „verräterischen" Spitzengewerkschaften zustande gekommen ist, kommt einer Verhöhnung der streikenden Eisenbahnbeamten und -arbeiter gleich. Man hat der Reichsregierung die Zusage „abgerungen", daß keine Massendisziplinarverfahren und keine Massenentlassungen stattfinden. Es ist ein Novum in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß Vertreter der Organisationen mit dem Arbeitgeber die Vornahme von Maßregelungen ausdrücklich vereinbaren und sich damit abfinden, daß die Bestrafung der Streikenden nicht in Massen erfolgt, wobei natürlich der Begriff Masse ganz subjektiv aufgefaßt werden wird. Dieselbe Reichsgewerkschaft, die den Spitzenverbänden vorgeworfen hat, Handlanger der Regierung Wirth zu sein, hat aber weiterhin zugestimmt, daß die Disziplinierung „nach den vom Gesamtkabinett aufzustellenden Richtlinien erfolgen wird". Ein weitergehendes Vertrauen kann man wohl dem Kabinett nicht schenken, als daß man ihm einseitig, ohne jede Mitwirkung der Organisationen, die Aufstellung der sogenannten Richtlinien überläßt, über deren Inhalt das Kabinett keinerlei Erklärungen abgegeben hat. Auch den Spitzengewerkschaften und dem Reichstag sind jetzt keinerlei Möglichkeiten mehr gegeben, auf das Zustandekommen der Maßregelungs-Richtlinien irgendwie noch einzuwirken. Es ist eine grobe Täuschung, den Streikenden und den Arbeitern zu erzählen, daß auf diese Weise der Einfluß des Verkehrsministers Groehner ausgeschaltet worden wäre, denn die Mehrheit des Kabinetts hat im Gegensatz zu dem Reichskanzler Wirth dieselbe scharfmacherische Haltung wie Herr Groener eingenommen. Im übrigen ist ja diese Blankovollmacht auch jedem neuen Gesamtkabinett in die Hand gegeben.

Die Reichsgewerkschaft hat nicht einmal die Schaffung eines Schlichtungsausschusses gefordert, sondern sich damit abgefunden, daß das Beschwerderecht der Gemaßregelten bei den heute bestehenden bureaukratischen Instanzen geltend gemacht werden muß. Die Anträge auf Maßregelung werden also von den zuständigen Dienststellen auszustellen sein, und das Kabinett kann in seinen Richtlinien lediglich hinsichtlich der Delikte diesen Dienststellen gewisse Anweisungen geben. Die Disziplinarkammern bleiben in ihrer Entscheidung völlig frei. Sie können nach dem Reichsbeamtengesetz nach den bekanntlich ganz unzulässigen Verfahrensvorschriften Ordnungsstrafen, Rügen, Geldstrafen, Entlassung, Suspendierung, Versetzung, Verlust der Versorgungsansprüche usw. beschließen. Nach § 108 hat die Disziplinarkammer, „ohne an positive Beweisregeln gebunden zu sein", nach ihrer freien, aus dem Inbegriff der Verhandlungen und Beweise geschöpften Ueberzeugung, zu beurteilen, inwieweit die Anschuldigung für begründet zu erachten ist. Die Geldstrafen bei besoldeten Beamten sind bis zum Betrage des einmonatlichen Diensteinkommens zulässig.

Die Reichsgewerkschaft kann den Triumph verzeichnen, daß sie die Bewegung unter Ausschaltung der freien Gewerkschaften, die Tausende von Eisenbahner organisiert haben, eingeleitet und auch die abschließenden Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund allein, d. h. ohne die Arbeitervertretungen, geführt hat. Nur so auch ist es zu erklären, daß in der Einigung mit der Regierung überhaupt nur von den Beamten und mit keinem Wort von den im Streik stehenden Eisenbahnarbeitern und Angestellten die Rede ist. Die nichtbeamteten Eisenbahner dürften wohl mitstreiken, die Reichsgewerkschaft hat aber den Streik abgebrochen, ohne sich um das weitere Schicksal dieser Gruppen zu kümmern. Ein solches Ergebnis ist nur denkbar, wenn man eben darauf verzichtet, bei Beamtenstreiks das Einverständnis der Gesamtvertretung der Arbeiterschaft als Voraussetzung zu fixieren. Nach den „neuen gewerkschaftlichen Grundsätzen", die hier Geltung hatten, war es auch zulässig, daß zwei Unterhändler mit der Regierung das Kompromiß abgeschlossen haben und dann auf Befehl der Reichsregierung sofort Diensttelegramme herausgegeben werden konnten, ohne daß auch nur die Streikleitung, geschweige denn irgendwelche weiteren Organe der Mitglieder, über ihre Meinung zu dem Kompromiß gehört worden wären.

Die Spitzengewerkschaften dagegen hatten von der Regierung gefordert, daß Maßregelungen wegen Beteiligung am Streik (ausgenommen die Verfolgung von Sabotageakten) nicht stattfinden dürfen, wenn der Streik innerhalb 2 Tagen beendet ist. In einer solchen Erklärung der Regierung wäre auch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten (Streikverbot) praktisch aufge-

hoben worden. Durch die von der Reichsgewerkschaft angenommene Einigungsformel wird aber anerkannt, daß die Teilnahme am Streik bestraft wird, und darin liegt die grundsätzliche Anerkennung der Verordnung selbst. Die Spitzenverbände hatten die formelle Aufhebung der Verordnung nicht erreicht. Der von ihnen geforderte Maßregelungsschutz hätte aber für den jetzigen Streik die Verordnung hinfällig gemacht und die endgültige Entscheidung über das Streikrecht wäre dem Reichstag vorbehalten geblieben. Wenn dagegen jetzt der Reichstag das Streikrecht der Beamten beschließen will, so muß er gegen die Kompromißformel entscheiden.

Es wäre falsch, die Eisenbahnbeamten für diesen leichtfertig eingeleiteten und leichtfertig beendeten Streik verantwortlich zu machen, und es ist psychologisch verständlich, daß sie in ihrer Erbitterung über die von der Regierung verschuldete soziale Not. der Streikparole gefolgt waren. Es bleibt auch weiter die große Schuld der Reichsregierung, daß sie durch die Verordnung des Reichspräsidenten den Eisenbahnerstreik verschärft hat. Der § 48 der Verfassung gibt keine Handhabe, den Beamten das im Artikel 130 und im Artikel 159 der Verfassung gewährleistete volle Koalitionsrecht auf dem Weg der Ausnahmegesetzgebung wieder zu nehmen. Die Staatsbeamten sind nach dem geltenden Beamtenrecht in der Lage, fristlos auszuscheiden, und dieses Recht des einzelnen kann auch 300 000 Beamten nicht versagt werden. Der Wiedereintritt in den Dienst ist bei den Beamten, die sich im Streik befinden, ebenso wie bei streikenden Arbeitern eine Tat- d. h. eine Machtfrage. Die Reichsgewerkschaft hat mit der Anerkennung des Kompromisses und der ihr selbst noch unbekannten Richtlinien des Kabinetts die sich aus dem Streik ergebende Frage des solidarischen Wiedereintritts verneint.

Auch die übrigen Ergebnisse des Streiks zeigen, wie unverantwortlich die Aktion gewesen ist. Die Regierung konnte, sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit als auch der Nachprüfung der Grundgehälter, lediglich Erklärungen abgeben, daß darüber sofort an den zuständigen Stellen verhandelt wird. Die Zusage bestimmter Lohnsätze ist ohne den Beschluß des Parlaments nicht denkbar. Die Spitzengewerkschaften haben von der Reichsregierung diese beiden Erklärungen erhalten, die zur Befriedigung der materiellen Forderungen der Reichsgewerkschaft völlig ausreichten. In der entscheidenden Frage, einer Sicherung gegen die Maßregelung hat die Reichsgewerkschaft auch nicht den Versuch gemacht, zusammen mit den Spitzenverbänden eine eindeutige Erklärung der Regierung zu verlangen und damit die Auswirkung der Eberischen Verordnung zu verhindern. Es ist deshalb nicht zu viel gesagt, daß sowohl in bezug auf die materiellen Forderungen als auch auf die Wahrung des Streikrechts ein größerer Dilletantismus, als ihn die Reichsgewerkschaft bewiesen hat, nicht mehr denkbar ist. Der Verlauf der Bewegung und ihr Abschluß haben bewiesen, daß eine Beamtenaktion, die in keiner Weise an die Disziplin der Gesamtarbeiterbewegung gebunden ist und jeden Tag erneut abspringt, auch unmöglich in den Mittelpunkt einer allgemeinen Aktion der organisierten Arbeiterschaft gestellt werden kann. Nicht die Spitzenverbände, wohl aber die Arbeiter, müssen über dieses Ergebnis einer von ihnen mit weitgehender Solidarität unterstützten Unternehmung einer falsch organisierten Beamtengruppe enttäuscht sein.

II.

Wenn die Erfahrungen aus diesem Kampf Nutzen bringen sollen, muß aber auch offen ausgesprochen werden, daß ein weiter Kreis von Funktionären in der Partei- und in der Gewerkschaftsbewegung falsch gehandelt hat. Sie haben den Beamten einen schlechten Dienst erwiesen, wenn sie den Anschein erweckten, als könnte sich die Beamtenbewegung diejenige Disziplin gegenüber der gesamten Arbeiterschaft schenken, die bisher von jeder Arbeiter- oder Angestelltengruppe in öffentlichen Betrieben verlangt worden war. Anstatt einer kurzsichtigen, trotz allem Radikalismus mit Beamtendünkel behafteten Verbandsleitung die falsche Einstellung ihrer Bewegung mit aller Deutlichkeit auseinanderzusetzen, haben viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre die Sonderbündelei dieser für die gesamte Arbeiterbewegung so wichtigen Beamtengruppe noch gestärkt. Es war zweifellos erhebend, daß die breiten Arbeitermassen ein hohes und sittliches Solidaritätsempfinden mit den unterdrückten und entrechteten Gruppen der unteren und mittleren Beamten gezeigt haben. Es mußte aber Sache der Funktionäre sein, die Arbeiter aufzuklären, wie die Bewegung geartet ist, der sie ihre Solidarität zuwenden. Die Arbeiterschaft hätte sicherlich dafür Verständnis gehabt, daß auch die Beamten gewerkschaftliche Voraussetzungen erfüllen müssen, wenn sie erfolgreich kämpfen wollen.

Die besonders in Berlin vielfach angewandte Methode, daß in den Versammlungen die notwendige Kritik an der Reichsgewerkschaft völlig unterblieben ist und die übliche Popularitätshascherei geübt wurde, indem man weidlich auf die verantwortlichen Spitzenkörperschaften losschlug, zeigt, daß solche Genossen lediglich Agitatoren sind. Selbst die Berliner Gewerkschaftskommission und das Berliner AfA-Ortskartell schlossen sich der bequemen Methode an, durch Desavouierung der Spitzenverbände Beifall zu finden. Sie kamen vom Polizeipräsidenten mit leeren Händen zurück und hatten weder die Aufhebung noch die Aenderung der Richterschen Maßnahmen erreicht. Ihre Energie reichte aber gerade noch zu einem Aufruf an die Spitzenvorstände aus, die an diesen lokalen Verhandlungen völlig unbeteiligt waren.

Die Berliner Betriebsräte wollten trotz aller Anstürme keinen Generalstreik beschließen, brachten aber ebenfalls nicht die Kraft auf, ihre Ueberzeugung auszusprechen. Der Ausweg bestand auch hier in einer Entschließung an die Spitzenvorstände, die den Generalstreik für Deutschland beschließen sollten. In den Streikversammlungen vom Dienstag gaben Parteiredner ihre bedingungslose Uebereinstimmung mit den Referenten bekannt, obwohl selbst der Vorstand der Reichsgewerkschaft die in diesen Versammlungen vertretenen materiellen Forderungen nie anerkannt hat. Die Tendenz war überall dieselbe: Bloßstellung der verantwortlichen Gewerkschaftsinstanzen, Ueberbietung in radikalen Versprechungen und bedingungslose Solidaritätskundgebung zu jeder Beamtenforderung, von deren Tragweite die Redner selbst vielfach auch keine blasse Ahnung hatten. Die gesamte Arbeiterschaft hat noch Anfang Dezember die damaligen Lohnforderungen des Beamtenbundes als maßlos übertrieben verurteilt, denn es waren Agitationsforderungen. In den letzten Tagen fehlte überall der Mut, den Arbeitern sachliche Auskünfte über die Einzelheiten zu geben.

Von den Kommunisten war es nach ihren Moskauer Thesen konsequent, die Eisenbahnerbewegung auf alle Fälle weiterzutreiben und die Aktion bis zum Chaos zu steigern. Alle anderen aber hätten die Pflicht gehabt, das politische Ziel bekannt zu geben, um das hier ein Generalstreik herbeigeführt werden soll. Die Angst, der Arbeiterschaft die Wahrheit zu sagen, ging ja sogar soweit, daß man es noch nicht einmal wagte, in den Versammlungen den unverantwortlichen Streik der städtischen Arbeiter zu verurteilen.

Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Parteien sich mit den großen wirtschaftlichen Kämpfen rein agitatorisch befassen, während die Gewerkschaften in jedem Stadium die Verantwortung übernehmen sollen. Die Spitzengewerkschaften hatten den Mut, auszusprechen, daß sie, nachdem das Kabinett eine sofortige formelle Aufhebung der Verordnung abgelehnt hatte, die Verantwortung für einen Sturz der Regierung wegen dieser Frage nicht zu übernehmen bereit sind, weil eine neue Regierung unter der Parole „Gewährung des bedingungslosen Streikrechts für die Beamten" nicht zu finden wäre. Diese Haltung der Gewerkschaften war angeblich Verrat. Als aber später die Vertreter der Parteien und der Reichsgewerkschaft von ihren Verhandlungen mit der Regierung in dieser Frage mit demselben Ergebnis heimkehrten, ohne deshalb den Generalstreik zu proklamieren, war es kein „Verrat". Diese Trennung von Agitation und Verantwortlichkeit zwischen Partei und Gewerkschaft werden sich die Gewerkschaften für die Zukunft nicht mehr gefallen lassen. Wenn Parteivertreter das Bedürfnis haben, wirtschaftliche Aktionen zu steigern, dann mögen sie ihr Ziel aussprechen und die Verantwortung den Parteien übertragen. Es geht aber nicht an, die Parteibewegung zur Untergrabung der gewerkschaftlichen Disziplin zu mißbrauchen. Gerade diejenigen, die für das Streikrecht in den öffentlichen Betrieben eintreten, haben die unabweisliche Pflicht, nach den Streiks der letzten Tage auszusprechen, daß es an der Zeit ist, statt der unsinnigen Hetze gegen die Führer zur Organisationsdisziplin zurückzukehren. Die freiwillige Unterordnung und Selbstzucht in den Gewerkschaften ist nicht, wie man es in den letzten Tagen hörte, Formalität, sondern sie ist die Quelle unserer Kraft. Auch die Beamten in Staat und Gemeinde werden bald genug einsehen, daß ihr sozialer Erfolg nicht im agitatorischen Wettrennen der Parteien, sondern nur durch die organisatorische Eingliederung der Beamten in die große freigewerkschaftliche Arbeiter- und Angestelltenbewegung herbeigeführt werden kann. Die Beamtenbewegung der Zukunft wird entweder freigewerkschaftlich sein, oder sie wird nicht sein.

Heute Reichstagssitzung

Der Reichstag ist für heute, Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, einberufen worden. Die Abgeordneten sind telegraphisch verständigt. Die Tagesordnung der Sitzung steht noch nicht fest. Voraussichtlich wird als erster Punkt eine Erklärung der Reichsregierung über die Streiklage behandelt werden.

Der preußische Landtag wird seine Sitzungen erst am Dienstag nächster Woche wieder aufnehmen. Im Hauptausschuß wird gegenwärtig der Etat beraten.

Das Ende des Eisenbahnerstreiks

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt mit: Die dem Dienste seither ferngebliebenen Eisenbahner kehren in großer Zahl zu den Dienststellen zurück. Die volle Wiederaufnahme des Dienstes dürfte im Laufe des heutigen Tages zu erwarten sein. Gleichwohl wird in den nächsten Tagen mit einer Wiederaufnahme des normalen Stadt-, Ring-, Vorort- und Fernverkehrs noch nicht zu rechnen sein. Von heute an wird die Zahl der für den öffentlichen Vorortverkehr freigegebenen Züge vermehrt werden. Die Zeit für die Wiederaufnahme des Dienstes ist nach einer Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Berlin bis Donnerstag, den 9. d. M., verlängert worden.

Ueber den Abbruch des Streiks wird weiter berichtet: Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter hat ihre Ortsgruppen telegraphisch angewiesen, den Streik abzubrechen und die Arbeit möglichst bald wieder aufzunehmen. An vielen Stellen sind die Beamten zum Dienst zurückgekehrt und haben ihren Dienst wieder aufgenommen, so daß die Technische Nothilfe an mehreren Orten bereits zurückgezogen werden konnte. Im Direktionsbezirk Altona hat eine Reihe Streikender den Dienst wieder aufgenommen. Im Direktionsbezirk Halle ist auf dem Bahnhof Wittenberg ein Teil des Lokomotivpersonals zum Dienst wieder angetreten. Im Direktionsbezirk Kassel wird der Notbetrieb mit eigenem Personal durchgeführt. Auch im Direktionsbezirk Hannover hat sich ein Teil des Lokomotivpersonals wieder zum Dienst gemeldet.

Nach dem Frühbericht der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. kehrt das Personal zum Dienst zurück; mit der sofortigen Wiederaufnahme des Betriebes in vollem Umfang ist jedoch vorerst nicht zu rechnen, da der harte Frost und der Schnee an den Bahnanlagen und den Betriebsmitteln nicht spurlos vorübergegangen sind. Es wird kaum möglich sein, vor Ende der Woche den alten regelmäßigen Verkehr wieder in Gang zu bringen. Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben eine Entschließung angenommen, in der sie sich zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit in allen Dienststellen bereit erklären, unter der Voraussetzung, daß die Eisenbahnverwaltung die gegen die streikenden Beamten, Angestellten und Arbeiter ausgesprochenen Maßregeln restlos zurückzieht.

Beendigung des Telegraphenarbeiterstreiks

Gestern nachmittag nahmen die streikenden Telegraphenarbeiter den Bericht über die Streiksituation entgegen. Die Versammlung, die im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfand, war von etwa 2500 streikenden Telegraphenarbeitern besucht. Nach eingehender Diskussion wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Reichsgewerkschaft sowie der Deutsche Eisenbahnerverband die Arbeitsaufnahme für Donnerstag, den 9. d. M., beschlossen hat, besteht für die Telegraphenarbeiter nicht mehr die Möglichkeit, den berechtigten Kampf bis zum endgültigen Siege weiterzuführen, und empfiehlt die Zentralstreikleitung gleich den übrigen im Kampf befindlichen Organisationen die Aufnahme der Arbeit für Donnerstag, den 9. Februar.

Die Zentralstreikleitung erkennt an, daß sich der Verlauf des Kampfes nicht mit der Ansicht der Kollegen deckt, aber durch das Verhalten des A. D. G. B., sowie der Spitzenkörperschaften einschließlich der S. P. D., eine Weiterführung der Aktion augenblicklich nicht möglich ist. Die Telegraphenarbeiter geloben, auch fernerhin mit allen Mitteln gegen die Entrechtung der arbeitenden Klasse zu kämpfen."

Wie uns die Zentralstreikleitung mitteilt, werden die Telegraphenarbeiter die Arbeit heute früh geschlossen aufnehmen.

Der Kommunist Budich befreit

Der vor einigen Wochen verhaftete Kommunist Budich ist am letzten Sonnabend aus dem Moabiter Gefängnis entwichen. Ueber seine Befreiung weiß die „Dena" von zuständiger Stelle folgendes zu berichten:

Der Gefängnisverwaltung wurde durch einen falschen Kriminalbeamten ein echter sogenannter Vorführungszettel vorgelegt, in welchem verlangt wurde, daß Budich der Abteilung IV des Polizeipräsidiums zwecks Vernehmung vorzuführen sei. Auf welche Weise der falsche Kriminalbeamte in den Besitz des echten Vorführungsscheins gelangte, ist noch unaufgeklärt. Die Vorführung von Inhaftierten zwecks Vernehmung bei anderen Abteilungen des Polizeipräsidiums als derjenigen, die den Inhaftierten eingeliefert hat, ist ein alltäglicher Vorgang, so daß die Anordnung der Vorführung des Budich vor die Abteilung IV an sich nicht auffällig erschien. Eine eingehende Untersuchung ist im Gange. Nach Abschluß derselben dürfte eine offizielle Mitteilung erfolgen.

Deutsch-polnische Einigung

DA. Kattowitz, 8. Februar.

In den Verhandlungen der Eisenbahnunterkommission wurde eine weitere Einigung erzielt. Außer den beiden Eisenbahndirektionen auf polnischer und deutscher Seite wird noch ein Eisenbahn-Hauptkomitee in Beuthen errichtet. Seine Aufgabe wird hauptsächlich in der Kontrolle liegen. Außerdem unterstehen ihm: Regelung der Ein- und Ausfuhr, Tarifffragen, täglicher Einlauf der Güterwagen, Kontrolle über die Ausbesserung des Materials u. a. m. Dieses Hauptkomitee wird sich aus drei Mitgliedern zusammensetzen, und zwar aus einem deutschen, einem polnischen und einem Vorsitzenden, der mit Zustimmung beider Regierungen ernannt wird.

Das Eisenbahnmaterial wird in folgender Weise verteilt: Auf den polnischen Teil Oberschlesiens entfallen 438 Lokomotiven, 694 Personenwagen, 240 Gepäckwagen, 20 000 Güterwagen; auf den deutschen Teil Oberschlesiens entfallen 630 Lokomotiven, 1021 Personenwagen, 454 Gepäckwagen und 20 000 Güterwagen. Mit Rücksicht darauf, daß die wichtigsten Eisenbahnwerkstätten in Deutsch-Oberschlesien liegen, hat sich Deutschland für die Dauer eines Jahres zur Ausbesserung des polnischen Eisenbahnmaterials verpflichtet. Außerdem wird Deutschland zwei Jahre lang täglich der polnischen Eisenbahndirektion 900 Güterwagen stellen. Vom dritten Jahre ab wird Polen von diesen Wagen 150, vom 4. Jahre ab 300, vom 5. Jahre ab 450 und Deutschland ebenfalls 450 dieser Wagen zu stellen haben.

Lord Curzons Rede

Fortsetzung der Unterhausdebatte

London, 8. Februar.

In seiner gestrigen Rede im Unterhaus erklärte Lord Curzon, das geplante Uebereinkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien brächte, soweit Frankreich in Betracht komme, die Erfüllung jener nicht erfüllten moralischen Verpflichtung, die auf England seit dem Fehlschlagen des Garantievertrages geruht habe, an dem Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Jahre 1919 beteiligt waren. Seiner Ansicht nach würde es ein großer Fehler sein, dieses Uebereinkommen, wie es von manchen Seiten gewünscht werde, auf ein Offensiv- oder Defensivbündnis auszudehnen. Sein Bestreben seit dem Kriege sei es gewesen, aus dem Strom der militärischen Bündnisse herauszukommen, durch die Europa in bewaffnete Lager geteilt war, was den Frieden der Welt mehr bedroht als gesichert habe.

Ueber die Konferenz von Genua sagte Lord Curzon, die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa könnten nur durch eine gemeinsame Anstrengung geändert werden, daher sei die Konferenz vorgeschlagen worden, an der alle Länder Europas teilnehmen sollten. Man könne Deutschland nicht ausschließen, und zwar wegen seiner geographischen Lage, seiner großen Hilfsquellen und der besonderen Fähigkeiten des deutschen Volkes. Man könne Rußland nicht ausschließen, weil, solange Osteuropa sich im Zusammenbruch befinde, Mitteleuropa nicht wiederhergestellt werden könne. Während der letzten 18 Monate seien zwei erfolglose Versuche gemacht worden, um den verhängnisvollen Kampf zwischen der Türkei und Griechenland zu beendigen. Bezüglich der Konferenz zwischen den drei Außenministern Englands, Frankreichs und Italiens glaube er, daß die Mächte sich über die Bedingungen verständigen wollten, um eine gerechte Regelung sowohl für Griechenland als auch für die Türkei zu sichern.

Ueber Aegypten sagte Curzon: Bei den Verhandlungen mit den ägyptischen Ministern sei die britische Regierung ziemlich weit auf die ägyptischen Wünsche in bezug auf Selbstverwaltung eingegangen. Sie verlange nur, daß die Vorrechte ihr selber keinen Schaden brächten. Die britischen Truppen in Aegypten könne man nicht missen. In Indien sei die Lage drohend. Die Zeit sei gekommen, wo die Achtung des Gesetzes in Indien erzwungen werden müsse.

Ueber die Politik der britischen Regierung gegenüber Oesterreich erklärte Lord Curzon, im Unterhaus bestehe kein Zweifel darüber, daß die Lage in Oesterreich sehr schlimm sei und daß die Gefahr eines vollständigen Zusammenbruchs bestehe. Die Folgen eines solchen Zusammenbruchs würden ernster Art sein, nicht nur für Oesterreich, sondern für ganz Mitteleuropa. Die britische Regierung habe deshalb mit den Alliierten erwogen, was getan werden könne, um Oesterreich zu unterstützen.

Auf jeden Fall müsse der amerikanische Senat die großen Schwierigkeiten, die der Gewährung von Vorschüssen entgegenstehen, beheben. Im Jahre 1920 sei eine Summe von 10 Millionen Pfund Sterling von England für Mitteleuropa bewilligt worden. Zwei Millionen Pfund Sterling dieser Summe seien noch nicht verausgabt, und es würde jetzt beabsichtigt, diese zwei Millionen gegen gute Sicherheit vorzustrecken, um Oesterreich in den Stand zu setzen, über die augenblickliche Krise hinwegzukommen.

Die russische Justizreform

O. E. Moskau, 8. Februar.

Der vierte Allrussische Justizkongreß ist geschlossen worden. Der Kongreß hat eine Reihe von Resolutionen über das Gerichtsverfahren, die Vorbildung der Justizbeamten, die Wiederzulassung der Anwaltschaft und über das Notariatswesen angenommen. Sonderausschüsse sind mit der Redaktion der verschiedenen Anträge und Resolutionen betraut worden.

In einem Interview mit der russischen Radio-Agentur „Westnik" ergreift bezeichnenderweise Tschitscherin das Wort zur Frage der russischen Justizreform. Er sagte, die gesetzgeberischen Arbeiten seien in vollem Gange, die Zentralorgane lasse sich bei der Arbeit am neuen Zivil- und Strafrecht von den fortschrittlichen Ideen der Rechtswissenschaft leiten: Der Verbrecher soll nicht bestraft, sondern gebessert werden. Die Regierung wartet die völlige Fertigstellung der Gesetze nicht ab, sondern überweist die Entwürfe dem Rate der Volkskommissare und dem Allrussischen Zentralexekutivkomitee, damit sie schon jetzt in einzelnen Fällen angewandt werden können. Das Recht, Requisitionen und Konfiskationen vorzunehmen, wird beschränkt. Das zivilrechtliche Obligationsrecht ist bereits ausgearbeitet und soll in allernächster Zeit zur Anwendung kommen. Die Bestimmungen über das Gerichtsverfahren in Zivil- und Strafrechtssachen werden mit großer Genauigkeit ausgearbeitet. Das Verfahren soll seinen einfachen volkstümlichen Charakter beibehalten, aber mit legalen Garantien ausgestattet werden.

Amerikanische Botschafter. Reuter meldet aus Washington: Präsident Harding hat Alanson Bigelow Houghton zum Botschafter in Berlin, Albert Henry Washburn zum Gesandten in Wien, Theodore Brentano zum Gesandten in Budapest ernannt.

Deutschland zahlt. Deutschland hat gestern zum drittenmal an die Reparationskommission eine Zahlung von 31 Milliarden Goldmark geleistet.

Unterstützung notleidender Kleinrentner. Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat im Einvernehmen mit dem Finanzminister einen Betrag von 61,8 Millionen Mark zur Unterstützung notleidender Kleinrentner zur Verfügung gestellt. Der Betrag wird zur Durchführung von Fürsorgemaßnahmen anteilig auf die Provinzen verteilt.

Die Reichswerke

Die „angesehenen Leute“ als Schwindler

Der **Hauptausschuß des Reichstags** beschäftigte sich mit dem Etat des Reichsschatzministeriums. Ueber die Aktiengesellschaft **„Deutsche Werke“** entwickelte sich eine längere Diskussion, weil von der Regierung darauf hingewiesen wurde, daß auf Ueberschüsse, die über die erforderlichen Abschreibungen und Rückstellungen hinaus eine Dividendenausschüttung ermöglichen, weder für 1921 noch für 1922 gerechnet werden könne. **Die Umstellung der früheren Heeres- und Marinebetriebe auf Friedenswirtschaft sei planmäßig fortgeschritten.** Die „Deutsche Werke-A.-G.“ betreibe heute die folgenden Werke: Spandau, Haselhorst, Kiel, Friedrichsort, Rüstringen, Erfurt, Cassel, Lippstadt, Siegburg, Wolfgang bei Hanau, München, Dachau, Ingolstadt und Amberg. Für die ehemalige Pulverfabrik Reichertshofen habe sich keine dauernde Beschäftigung finden lassen. Sie mußte im Sommer 1921 geschlossen werden. Die Arbeiter seien zum größten Teil nach Ingolstadt übernommen worden. Das Gelände und die Anlagen habe die „Deutsche Werke-A.-G.“ großenteils verpachtet. Für die 495 Millionen Mark, die gemäß dem Beschlusse der Nationalversammlung zur Umstellung der Betriebe aufgewendet seien, habe das Reich Aktien im Nennbetrage von 100 Millionen Mark und Genußscheine im Betrage von 330 Millionen Mark erhalten. Die restlichen 65 **Millionen Mark** seien als verlorener Zuschuß für die Umstellung gegeben worden.

Bezüglich der Beteiligung des Reichs an der Stickstoffindustrie bemerkte Oberregierungsrat Reiß vom Reichsschatzministerium, daß die im Jahre 1920 mit einem ursprünglichen Aktienkapital von 60 Millionen Mark unter der Firma „**Mitteldeutsche Stickstoffwerke A.-G.**“ gegründete Aktiengesellschaft das bis dahin für unmittelbare Rechnung des Reichs betriebene, im Jahre 1915 errichtete Reichsstickstoffwerk in Piesteritz übernahm. Der Geschäftsgang war während des Kalenderjahres 1920 im ganzen zufriedenstellend.

Im weiteren Verlauf der Diskussion kam der **Fall Windmüller** zur Sprache. Oberregierungsrat **Göberl** vom Reichsschatzministerium erstattete ausführlichen Bericht über die ganze Angelegenheit. Danach liege tatsächlich **ein Fall großer Korruption** vor, die sich bis in die angesehensten industriellen Kreise erstreckt habe. Der Hauptangeklagte Windmüller, der zu einer erheblichen Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt wurde, war der Leiter eines großen Werkes, das 800 Arbeiter beschäftigte; die Mitangeklagten ebenfalls angesehene Leute. Zu ihnen gehörten die Leiter der ehemaligen Zweigstelle Hagen-Hohenlimburg des Reichsverwertungsamtes. Diese Zweigstelle sollte aufgelöst werden, den Leitern war deshalb gekündigt worden. Sie regten nun bei der Zentrale des Reichsverwertungsamtes den Verkauf der großen Sägen in Lipsstadt an und empfahlen als Käufer das von Windmüller geleitete Werk. Während sie nun Windmüller veranlaßten, auch nach Berlin zu kommen und als Alleinkäufer aufzutreten, verabredeten sie mit Windmüller und anderen Personen, daß der tatsächliche Käufer ein Konsortium sein sollte, an dem die Zweigstellenleiter beteiligt sein sollten. Die Zentralleitung im Reichsverwertungsamt war aufs gröblichste getäuscht worden und das Reich wurde erheblich geschädigt. Da die Schuldigen zum Teil wohlhabende Leute sind, wird ein Ausgleich des Schadens möglich sein. Der Prozeß hat zweifelsfrei ergeben, daß irgendwelche Beamte an den Schiebungen in keiner Weise beteiligt waren.

Zu der Angelegenheit **Morvilius** erklärte Reichsschatzminister **Bauer**, daß die sorgfältige Nachprüfung der amtlichen Tätigkeit des Morvilius bisher irgendein Verschulden im Amt nicht ergeben hätte. — Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Erhöhte Sätze für produktive Erwerbslosenfürsorge

Die mit Wirkung vom 5. Dezember 1921 in Kraft getretene Neufestsetzung der Unterstützungssätze hat zur Folge, daß die erhöhten Sätze auch der Berechnung von Förderungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu Grunde gelegt werden können. Hierach treten nach einem Erlaß des preußischen Finanzministers an Stelle der bisherigen Sätze folgende neue Sätze:

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
Mark	27	24,75	22,50	20,25

Bei Wohnungsbauten ändern sich die bisherigen Sätze für jeden Kubikmeter umbauten Raumes wie folgt:

a) bei Zugrundelegung der **zweifachen Ersparnis an Erwerbslosenfürsorge:**

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
Mark	126	114	108	102

b) **bei Zugrundelegung der zweieinhalbfachen Ersparnis an Erwerbslosenunterstützung:**

für Ortsklasse	A	B	C	D/E
Mark	156	138	132	126

Eine Erhöhung des Zuschusses für bereits vor dem 5. Dezember 1921 anerkannte Maßnahmen kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen eintreten, z. B. wenn die Anstellung langfristig Erwerbsloser in großem Umfange in Frage kommt.

Wie ein deutscher General Metz „räumte“

Vor dem Schöffengericht in Heidelberg fand in den letzten Tagen ein aufsehenerregender Prozeß statt. Der frühere Gouverneur von Metz, General der Infanterie a. D. **von Oven**, machte den Versuch, seine Ehre wiederherzustellen, die der praktische Arzt Dr. **Max Kunkel in einer vertraulichen Versammlung** der elsaßlothringischen Flüchtlinge angetastet haben sollte. Die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen mußten sich, wenn sie sich über die Behandlung der Franzosen beschwerten, von diesen immer wieder sagen lassen: „Wir machen es so, wie es eure Führer in Nordfrankreich und Belgien getan haben!“ In einer Versammlung der Flüchtlinge, wo diese Vorgänge zur Sprache kamen, hat Dr. Kunkel die Behauptung aufgestellt, General von Oven habe in seiner Eigenschaft als Gouverneur von Metz **Möbel gestohlen** und auch sonst **erhebliche Unredlichkeiten begangen.** Darauf strengte v. Oven Privatklage wegen Beleidigung an. Das Gericht regte einen Vergleich an, den Dr. Kunkel aber entschieden **ablehnte.** Er erklärte, er könne seine Vorwürfe nicht zurücknehmen, denn er habe nicht etwa nur allgemeine Behauptungen aufstellen wollen, sondern es sei seine **Absicht** gewesen, dem Privatkläger persönlich zu treffen und er **müsse auch jetzt noch seine Behauptungen voll aufrecht erhalten.**

Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt **Buchenrager**, stellte darauf unter Beweis, daß der General beziehungsweise dessen Ehefrau aus dem Hotel Terminus in Metz Möbel verschleppt habe. Er beantragte: 1. Zum Beweis dafür, daß der Privatkläger von Oven bzw. dessen Ehefrau unter **Mißbrauch seiner amtlichen Stellung** als Gouverneur von Metz Möbel aus dem Hotel Terminus zu ihren Gunsten entwendet haben, die Ladung des Amtsgerichtsrates Dr. **Roth** (Stuttgart), 2. zu demselben Thema die Ladung des Rechtsanwalts Dr. **Kaiser** (Hamm i. Westf.), 3. zum Beweise dafür, daß Herr von Oven **aus der staatlichen Konservenfabrik in Metz Konserven bezogen und diese zum Teil auch noch weiterverkauft** hat, den Regierungsrat **Sturm** (Wiesbaden), 4. zum Beweis dafür, daß der General **auch** aus der von der Militärbehörde eingerichteten, also gleichfalls staatlichen Lebensmittelstelle **Lebensmittel im großen bezogen hat und auch diese weiterverkaufte**, daß er ferner **ähnliche Manöver** bei der unter staatlicher Kontrolle arbeitenden **Konservenfabrik von Moitrier** in Metz unternahm, **deren Verwalter Neveloh** und den Direktor Charpontier in Metz zu vernehmen, 5. zum Beweise dafür, daß der Kläger durch den Bezirksrat Conrad in Metz **Lebensmittel**, die für die **Allgemeinheit bestimmt** waren, in großen Quantitäten zu **eigenen Zwecken** bezogen und auch weiterverkauft hat, den Zeugen Conrad und ferner den Leutnant a. D. Lehrer **Hanus in Metz**, der während der Revolution dort Chef der Sicherheitspolizei war, und schließlich den Angestellten Kranzin der Metzer Buchhandlung Ewen, jetzt in Wiesbaden, zu laden, 6. zum Beweise dafür, **daß der Privatkläger von Oven** bzw. dessen Ehefrau **während der höchsten Not der im Felde wie in der Heimat befindlichen Staatsbürger Gold und Silber in großen Mengen aufkauften und mit Nutzen weitergaben**, den Goldschmied Metzger in Gernsbach in Baden, und 7. über den allgemeinen Ruf des Generals und seiner Frau und ihr Verhalten während seiner Gouverneurszeit den Garnisonbaudirektor **Bruck**, jetzt in Wesel, ferner den **Major Sturm** vom Bekleidungsamt, den Rechtsanwalt Dr. Kaiser (Hamm in Westf.)

Nachdem der Verteidiger diese Ausführungen gemacht hatte, blieb dem Gericht nichts weiter übrig, als zur Ladung der sämtlichen benannten Zeugen die Weiterverhandlung auf den 25. März zu vertagen.

Die Stadt im Dunkel

Plötzlich liegt die Stadt im Dunkel. Das Herz der Zeit, das hier sonst in tausend Rhythmen so heiß pocht, hat aufgehört zu schlagen, und wie tiefste Wesenlosigkeit empfinden wir die große Stille. Plötzlich wissen wir um das kühne Tempo, um das verschlingende Mitgerissenwerden, das wir im lärmenden Trubel nie bemerkten.

Entsinnst du dich, wie es ist, wenn du mit der Eisenbahn ankommst? Wenn der Zug gleichmäßig stampfend durch die Nacht läuft, aus deren Konturen manchmal greifende Lichter vorüberhuschen? Weißt du, wie dann langsam, ganz langsam am Horizont Straßen, beglänzte Bänder auftauchen? — Die Stadt.

Mächtig wölbt sich die Bahnhofshalle, erfüllt von buntem Gedränge. Bogenlampen schreien dich an, Menschen laufen, die Züge zittern in Aufregung, und draußen steht in dem Tosen der vorfahrenden Autos und Wagen, bronzenes Standbild, nur der Bahnportier. Glühend umarmt dich das Leben der Straßen: Mädchen, Straßenhändler, Zeitungsausrufer, Reklamen, Straßenbahnen, Schutzleute. Aus den Lokalen kommen ferne Töne der Kapellen, ein Untergrundbahnhof schluckt eilige Massen, aus dem Asphalt steigt der dampfende Brodem des 20. Jahrhunderts .....

Und plötzlich ruht das alles. Plötzlich sind wir allem Gewohnten entrückt. Plötzlich ist Einsamkeit statt farbiger Fülle, und der hämmernde Pulsschlag schweigt. Wie tote Urwelttiere liegen die Bahnhöfe, sie strecken die Glieder von sich, die schon die Fäulnis der Verwesung verbreiten.

Finster dehnen sich die Straßen. Selten nur reckt ein Auto die langen Arme seiner Lichtkegel. Du gehst rasch, während die Stille schmerzhaft auf dir lastet, und die Stimmung eines nächtlichen Kirchhofs läuft dir kalt die Wirbelsäule hinab. Ach, wie gern möchtest du entfliehen, entfliehen von dem Tod ins Leben, entfliehen den gigantischen Häuserschatten, deren Türme und Simse wie verloren durch die Luft zittern.

Manchmal kommst du an einem Caféhaus vorüber. Hinter den verhängten Fenstern dämmert halbheller Schein, und wenn die Türe sich öffnet, dringt hohl und dünn gedämpfter Stimmen Lärm heraus. Totentanz.

Fester schmiegst du dich in den Mantel, da gespensterhaft Silhouetten an dir vorübergleiten. Sind es Männer, Frauen? In der Finsternis dieses Abends schweigen alle menschlichen Empfindungen. Du fühlst nichts von der rasch erwachenden Sympathie oder der unwiderstehlichen Abneigung, die zuerst ein Blick, eine Bewegung dir einflößen; du fühlst keine Begierde nach einer Frau, die sich auf hohen Beinen wiegt; du greifst nicht einmal mit jenem instinktiven Griff fester nach dem Stock, wenn eine zweifelhafte Gestalt hinter dir aufstampft. Du fühlst nur, daß alle diese Schatten ebenfalls lebendige Wesen sind, Tiere mit warmem Atem und warmer Haut, mit denen du in eine Höhle kriechen und eng aneinander geschmiegt sein möchtest, um der eisigen Angst des Nichts zu entkommen.

Kennst du das alte Märchen von der Stadt Vineta, die ins Meer versenkt wurde, weil ihre Bewohner zu lasterhaft waren und Gottes nicht achteten? Durch die verlassenen Straßen und die gespenstige Stille der Stadt Vineta wanderst du nun, und das einzige, was atmet, ist der Schnee unter deinen Schritten, der sich zärtlich zwischen die Baumstämme des Tiergartens schmiegt.

Generalstreik! Wir haben ihn erlebt in den Tagen des Kapp-Putsches. Aber damals ertrugen wir ihn alle mit der heroischen Geste einer unabänderlichen Ueberzeugung. Damals nahmen wir alle teil an dem großartigen Aufschwung einer mächtigen Tat. Dieses Mal ist es trocken, unfeierlich, unheroisch.

Nur eine Hoffnung bleibt uns bei alledem. Die Zivilisation schreitet fort. Bald werden wir so weit sein, daß wir nur auf einen Knopf zu drücken brauchen, damit es hell wird; wir werden an einem Hahn drehen, und es wird Wasser daraus laufen; wir werden in wenigen Stunden von Berlin nach Königsberg reisen können, und unsere Briefe werden ihre Adressaten schleunig erreichen. Unsere Urgroßeltern hätten wohl diese Neuerungen für unmöglich gehalten.

Nun, wir fürchten uns nicht davor. Wir vertrauen auf den Fortschritt und auf die Vervollkommnungen der Technik. Denn wenn auch alle Räder stillstehen — die Zeit schreitent fort.

Kuno Kalchas.

Aus dem Bereich des Wohnungsamts 6a

Uns wird geschrieben: Die Metallwarenfabrik A. **Steiner** G. m. b. H. betreibt seit Februar vorigen Jahres ihr Unternehmen in der ersten Etage des Hintergebäudes des Hauses Oranienstraße 6 in Interessengemeinschaft mit der Firma Franz A. Funk & Co. Die Fabrikräume werden mit Bewilligung des Wohnungsamtes benutzt. Da sie jedoch zu klein waren und ungefähr die Hälfte des Fabrikgrundstückes leer stand, wandte sich die Firma an das Landesarbeitsamt. Der Firma wurde die **Zuweisung weiterer Räume** in der ersten Etage vom **Hauptwohnungsamt** am 21. Mai 1921 **zugestanden**, nachdem sie sich verpflichtet hatte, noch 50 Arbeiter einzustellen. Es wurde ihr auferlegt, innerhalb drei Tagen mit dem verfügungsberechtigten Hausbesitzer einen Mietsvertrag abzuschließen, und wenn dieser sich weigern sollte das Wohnungsamt davon zu benachrichtigen. Der Haus- und Gutshändler Max **Görlich**, der inzwischen das Haus erworben hatte, **weigerte sich**, diesen Mietsvertrag abzuschließen. Am 3. Juli wurde dem Wirt vom Mieteinigungsamt 10 auferlegt, innerhalb vier Wochen einen Mietsvertrag mit der Firma abzuschließen, widrigenfalls das Mieteinigungsamt das selbst tun würde. Etwa drei Monate lang hat die Firma nichts mehr von der Sache gehört, trotzdem wiederholt Eingaben an das Mieteinigungsamt gerichtet wurden. Ein auf den 9. September anberaumter Termin wurde wieder aufgehoben, weil der **Vorsitzende verreist** war.

Nach weiteren wiederholten Bitten wurde endlich für den 9. Januar ein Termin angesetzt. Inzwischen war aber das **Haus wiederum verkauft** worden, und zwar an die **Orion-Aktien-Gesellschaft**, die von **auswärts** nach Berlin kam. Eigenartig ist es, daß diese Gesellschaft das Haus nicht von Herrn Görlich, sondern angeblich von dem Vorbesitzer gekauft haben will; vielleicht interessiert sich die **Steuerbehörde** für diesen Fall. Zum Termin am 9. Januar erschien auch der bisherige **Dezernent im Wohnungsamt**, Herr Dr. **Pulvermacher**, diesmal aber **als Vertreter des Hauseigentümers!** Nun war es sofort klar, **weshalb die Akten** in dieser Angelegenheit etwa **ein dreiviertel Jahr lang dem Mieteinigungsamt nicht vor Gesicht gekommen waren, während die jetzige Eigentümerin**, die Orion-Aktien-Gesellschaft **über alle Vorgänge unterrichtet war.** Herr Dr. Pulvermacher behauptete in dem Termin, daß zum Abschluß eines Zwangsmietvertrages der Antrag des Wohnungsamts beim Mieteinigungsamt notwendig sei, und da das Wohnungsamt sich weigert, einen solchen Antrag zu stellen, wurde die Firma Steiner abgewiesen. Jetzt klagt die Hauseigentümerin gegen die Firma auf **Räumung** beim Landgericht, da sie keinen Mietsvertrag habe.

Es ist anzunehmen, daß das Landgericht weder aus formellen noch rechtlichen Gründen diesem Antrag stattgeben wird, da die Firma **rechtmäßig in die Räume eingewiesen** worden ist und da nicht durch ihre Schuld der Zwangsmietsvertrag bisher nicht abgeschlossen wurde. Immerhin ist auch dieser Fall lehrreich für die Art, wie Wohnungsangelegenheiten behandelt werden. Sollte wirklich der Wunsch der Orion-Aktien-Gesellschaft erfüllt werden, so würden etwa **100 Arbeiter ihre Beschäftigung verlieren.**

Lichtreklame und Treppenbeleuchtung

Der Polizeipräsident von Berlin hat folgende Vorschriften erlassen: Lichtreklame jeder Art sowie Außenbeleuchtung von Schaufenstern und Gebäuden zu gewerblichen Zwecken ist verboten. Ausnahmen von dem Verbot der Außenbeleuchtung können von den Polizeiämtern nach Benehmen mit dem Kohlenamt Berlin, Linkstraße 25, zur Verhütung von Unfällen zugelassen werden. Treppenbeleuchtung in Wohngebäuden ist jetzt bis 9 Uhr abends gestattet. Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf Privatkrankenhäuser, private Unterrichtsanstalten, Hotels und sonstige Unternehmungen in Wohngebäuden, die dem öffentlichen Verkehr bestimmt sind. Die Beleuchtung der Aufgänge zu den Geschäftsräumen öffentlicher Behörden in Privaträumen ist gestattet, solange der Dienst es erfordert. Automatische Nachtbeleuchtung ist unbeschränkt zulässig. Die Beamten des Außendienstes und der Schutzpolizei sind angewiesen, auf strengste Innehaltung dieser Bestimmungen, insbesondere des Verbotes der Lichtreklame und Außenbeleuchtung, zu achten und jede Uebertretung unnachsichtlich dem zuständigen Polizeiamt anzuzeigen, das seinerseits das Weitere wegen der Bestrafung veranlaßt.

Die Aerzte sind neutral

Von einem Leser wird uns geschrieben: **Am 6. Februar 1922**, vormittags 9 Uhr, saß ich mit meinem 14jährigen Sohn im Wartezimmer des „St. Norbert-Krankenhauses“, Schöneberg, Abtlg. für Ohrenleiden. Vor mir trat eine Frau Hermann, wohnhaft Berlin, Gotenstr. 25, welche als Patientin im Krankenhause, Zimmer 125 sich befindet, in den Behandlungsraum des dort tätigen Arztes Dr. Kobrak ein. Der Arzt sagte zu der Frau: „**Hören Sie mal, Ihr Mann ist doch Eisenbahnarbeiter, bei welcher Gewerkschaft ist er denn, etwa bei der Reichsgewerkschaft?**“ Die Frau erklärte ganz ängstlich, sie wüßte es nicht. Darauf sagte der Arzt: „**Ich behandle Sie nicht mehr, gehen Sie, gehen Sie**, wenn die streiken, behandle ich Sie nicht mehr.“ Die Frau ist dort vor zirka 6 Tagen am Ohr operiert worden. Der Vorfall spielte sich zwischen der Tür ab und sämtliche dort Anwesenden waren empört über solche Herzlosigkeit. Ich erklärte dann dem Arzt, daß ich nach dem soeben Erlebten meinen Sohn nicht länger von ihm behandeln lasse und bezahlte meine Rechnung.

Die Handlungsweise des Arztes ist kennzeichnend für das heuchlerische Geschrei über die Gefährdung der Krankenversorgung durch die streikenden städtischen Arbeitnehmer.

Stadtverordnetenfraktion. Am Freitag, **den 10. Februar**, vormittags 10 Uhr, findet eine **dringende Fraktionssitzung** im Berliner Rathaus, Zimmer 109, statt.

Die Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin. Das unentbehrliche Nachschlagebuch für alle in der Wohlfahrtspflege tätigen Personen ist soeben nach elfjähriger Pause neu erschienen. Das unter dem Namen „Graubuch“ bekannte Werk enthält ein vollständiges Verzeichnis aller behördlichen, kirchlichen und freien Wohlfahrtsorganisationen und berücksichtigt die Entwicklung der Kriegszeit sowie die Umgestaltung in der neuen Stadtgemeinde Berlin. Es gibt eine genaue Uebersicht über alle städtischen Wohlfahrtsverwaltungsstellen, Vereine, Anstalten und Stiftungen und ist bei der Ausdehnung der Wohlfahrtspflege, die heute einen großen Teil der Gesamtbevölkerung erfaßt, für die Allgemeinheit von größter Bedeutung. Das Werk ist auch diesmal wieder im Archiv für Wohlfahrtspflege der Zentrale für private Fürsorge bearbeitet worden und im Selbstverlag erschienen. Es kann durch die Geschäftsstelle, Flottwellstraße 4, zum Einzelpreis von 35 M bezogen werden.

Die juristische Sprechstunde findet werktäglich — mit Ausnahme von Sonnabend — des Nachmittags von 3 bis 7 Uhr statt.

Wieder voller Fernsprechverkehr. Die Fernsprechämter Zentrum, Moabit, Hansa, Kurfürst, Nollendorf und Lützow haben wieder den vollen Betrieb aufgenommen.

Arbeiterbildungsschule U. S. P. D. Wegen der noch bestehenden Verkehrsschwierigkeiten, die ein vollzähliges Erscheinen der Hörer unmöglich machen, fällt der Vortrag des Genossen **Stein** heute aus. Der nächste Vortrag findet nächsten Donnerstag statt.

Angestelltenschutz im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung. Durch die Geldentwertung sind die im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung enthaltenen Schutzbestimmungen betreffend Kündigung und Wettbewerbverbot gegenstandslos geworden, weil die vorgesehenen Gehaltsgrenzen überholt sind. Der **Zentralverband der Angestellten** hat dem Reichsjustizministerium Abänderungsvorschläge unterbreitet. Gleichzeitig wurde die Reichsregierung aufgefordert, in beschleunigter Weise den wiederholt angekündigten Gesetzentwurf über ein einheitliches Arbeitsvertragsrecht herauszubringen, damit nicht dauernd Gesetzesänderungen notwendig sind.

Erhöhung der Zuschläge zur Betriebssteuer für das Rechnungsjahr 1921. Durch die Novelle zum Kommunalabgabengesetz vom 26. August 1921 ist vorgeschlagen worden, daß die Betriebssteuer in der Regel zu den gleichen Hundertsätzen herangezogen werden soll wie die Gewerbesteuer. Um dieser Bestimmung zu genügen und auch um alle Steuerquellen voll auszuschöpfen, hat der Magistrat beschlossen, wie bei der Gewerbesteuer, so auch bei der Betriebssteuer insgesamt, d. h. einschließlich des staatlichen Satzes 400 Prozent, 650 Prozent, 1000 Prozent und 1500 Prozent zu erheben, und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage gemacht.

Zugzusammenstoß. Auf dem Bahnhof Beusselstraße sind zwei Güterzüge zusammengestoßen. Zehn bis zwölf Wagen stehen teils quer über den Schienen, teils sind sie ineinandergefahren. Ein Mann von dem Zugpersonal ist dabei tödlich verunglückt.

Nächtlicher Bandenüberfall. In der vergangenen Nacht wurden der Direktor Hermann K., Diplomingenieur Kurt B. und der Fabrikdirektor Hans B. an der Kreuzung Bornstedter Straße—Kronprinzendamm plötzlich von einer Bande überfallen. Die Burschen schlugen mit Stöcken auf die Ueberraschten ein, so daß sie mehrere Kopfverletzungen davontrugen. In der Notwehr machte der Fabrikdirektor von seiner Pistole Gebrauch. Die Straßenräuber ergriffen die Flucht. — Selbstmordversuch mit der Schere. Die 25 Jahre alte Schneiderin Agnes Z. schnitt sich gestern nachmittag mit einer Schere in ihrer Wohnung die Halsschlagader und die Pulsader am rechten Handgelenk durch. Sie wurde nach dem Virchow-Krankenhause transportiert, wo sie im bedenklichen Zustande Aufnahme fand.

Bei **Schwächezuständen beiderlei Geschlechts, sowie bei allen Störungen des Nervensystems** (geringe Arbeitslust, Regbarkeit, Schlaflosigkeit) sind

Dr. Hoffbauer's Yohimbin-Lecithin-Präparate

als ein schnell und prompt wirkendes Auffrischungsmittel zu empfehlen. Durch Yohimbin wird nicht allein eine Anregung des ganzen Organismus erzielt, sondern es werden auch durch Lecithin aber Kraftstoff die Stoffe ergänzt, welche in unserem an Aufregung und Sorgen reichen Zeit in zu großen Mengen verbraucht werden. Diese Lecithin-Zufuhr zum Körper, beschleunigt durch Yohimbin, wirkt selbst in vorgeschrittenen Fällen wahre Wunder, so daß wir nicht umhin können, auf dieses Präparat hinzuweisen.

Ausführliche Beschreibung erhält man in der **Elefanten-Apotheke, Berlin SW.19, Leipziger Str. 74, am Dönhoffplatz. (Fernspr.: Centr. 7192).**

Gewerkschaftliches

Entlohnungsunsitten

Eigenartige Blüten des 10-Prozent-Systems

Uns wird von zuständiger Stelle geschrieben: Schon einmal brachte die Tagespresse wunderbare Blüten des 10-Prozent-Systems im Gastwirtsgewerbe. Auch heute wieder sind wir gezwungen, eine solcher Blüten hier vorzuführen. Herr Wegner, Inhaber des Palais de danse, Behrenstraße, versteht es wunderbar, nach unserer Auffassung sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, indem er einen Teil seiner Angestellten durch das Prozentsystem der Kellner bezahlt. So sind wir in der Lage, festzustellen, daß der Personalchef Dresel (Schwager des Herrn Wegner) aus den Prozenten 100 M. pro Tag erhält. Ebenso erhält der erste Geschäftsführer, Herr Lutze, nicht den tariflichen Lohn von 2600 M., sondern nur 2000 M. pro Monat, dafür aber pro Tag 150 M. von den Prozenten der Kellner! Die Geschäftsführer Dintel, Blum, Kniep und Gründel erhalten pro Tag 100 M. aus den den Kellnern gehörenden Prozenten. Der Küchenchef Sotiraktis (Grieche) erhält 150 M. und der Kellermeister Martin 80 M. pro Tag. Die vorgenannten Zahlen beweisen, in welch unverantwortlicher Art und Weise die Unternehmer, insbesondere Herr Wegner, seine Taschen auf Kosten des Personals zu füllen versucht. Es kann aber auch hier nicht verschwiegen werden, daß die dort arbeitenden Kellner ebenso unverantwortlich an ihrem Stand sich versündigen und ohne sich zu wehren, von dem Unternehmer Wegner sich so behandeln lassen.

Die Organisation der Kellner wird hierbei selbstverständlich versuchen müssen, erstmalig auf Innehaltung des Schiedsspruches vom 5. 11. 21 zu dringen, und wenn dies nicht geschieht, Klage gegen Herrn Wegner auf Herauszahlung der den Kellnern zu Unrecht abgezogenen Prozente zu erheben.

An die Angestellten im Gastwirtsgewerbe ergeht aber der Ruf: Seid stark in eurer Organisation, haltet zum Zentralverband, denn nur er allein ist die zuständige Instanz, die als Kampfesorganisation gegen das Kapital auftritt und unbekümmert von Anfeindungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die Interessen zum Wohl der Angestellten im Gastwirtsgewerbe vertreten wird.

USP.-Buchbinder

Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, findet bei Baum, Stallschreiberstraße 47, die Fraktionsversammlung unserer Genossen statt. Das Erscheinen aller unserer Genossen ist unbedingte Pflicht. Der Fraktionsvorstand.

Betriebsräteschule

Statt am 13. Februar, beginnt der neue Unterrichtsabschnitt der Betriebsräteschule erst am 20. Februar 1922. Der Beginn sämtlicher Kurse wird damit um eine Woche verschoben. Hörerkarten (zum Preise von 10 Mark, für Arbeitslose unentgeltlich) sind erhältlich im Bureau der Freigewerkschaftlichen Betriebsräteschule, Berlin SO. 16, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1 Tr. Lehrberatungs-Sprechstunden: Montags und Freitags von 4—7 Uhr. Betriebsräteschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Belegschaft des Ambi-Konzerns, Johannisthal, mißbilligt die Haltung des A. D. G. B. und der Afa im Eisenbahner- und Staatsarbeiter-Streik. Sie hätte vielmehr erwartet, daß diese beiden Organisationen die Gelegenheit benutzt hätten, um nicht nur die Angriffe der Regierung und des Magistrats auf das Koalitionsrecht zurückzuweisen, sondern endlich Schritte unternommen hätten die maßgebenden Stellen zu zwingen, diese Verordnung zurückzuziehen. Da aber nicht so verfahren ist, für uns aber immer noch die Gewerkschaften als ein Machtfaktor in der Arbeiterbewegung anzusehen sind, so verlangen wir, daß der A. D. G. B. in seiner jetzigen Zusammensetzung von seinen Posten zurücktritt, und an dessen Stelle Führer treten, die den Mut besitzen, die Masse zur Befreiung des Proletariats aufzurufen. Wir geloben, nicht eher zu ruhen, bis dieses Ziel erreicht ist.

Starres Verhalten. Seit dem 14. Januar 1922 befinden sich 98 Arbeiter der Firma A. Dinse, Reinickendorf-Rosenthal, Kran-, Hebezeuge- und Wagenfabrik, im Streik. Die bescheidenen Forderungen der Ausständigen, die auch von anderen ähnlichen Betrieben bewilligt wurden, lehnte die Firma Dinse ab. Die verlangte Streikarbeit von den Angestellten und Lehrlingen wurde aber verweigert. Sollte irgendwo versucht werden, die Streikarbeit in einem anderen Betriebe anfertigen zu lassen, so ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband zu benachrichtigen.

Freigewerkschaftliche Beisitzer des Gewerbegerichts und Innungsschiedsgerichts! Heute, Donnerstag, abends 6 Uhr, wichtige Zusammenkunft sämtlicher Beisitzer in Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25. — Gewerkschaftskommission.

Lokomotivfabrik Hennigsdorf! Die Lohnzahlung für alle in Berlin wohnhaften Kollegen findet auf alle Fälle vom Donnerstag im Verbandshaus, Linienstraße, Arbeitslosenraum, für Tor 1 um ½11 Uhr, Tor 2 um 12 Uhr, Tor 3 und 4 um 1 Uhr statt. Alle Kollegen haben dort zu erscheinen. Legitimationen mitbringen. Nähere Auskunft erfolgt ebenfalls dort durch die Funktionäre.

*

Isolatorenfabrik! Die Lohnzahlung für die Isolatorenfabrik findet am Freitag für alle Kollegen im Lokal „Zum Deutschen Metallarbeiter-Verband", Linienstraße, 11 Uhr, statt.

*

Doram-Fabrik A, Eickingenstraße 71. Die Lohnzahlung findet heute von 12—2 Uhr statt. Anschließend Betriebsversammlung im Gewerkschaftshaus, Wiclefstraße 24.

E. Lorenz, Tempelhof. Auskunft über Arbeitsaufnahme erteilt Telephon: Kgst. 2790 Stubella.

Arbeitersport

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Sonntag, den 12. Februar 1922, in den Sophiensälen (großer Saal), Sophienstr. 16/17: Wir selbst, Veranstaltung aus eigener Kraft. Kampf — Wandern — Freude. — Einlaß 6 Uhr. — Eintritt à 3,50 M. — Wanderungen am 11./12. Februar: Hangelsberg, Kienbaum. Abf. 4.30 Uhr und 6.00 Uhr abds. Bhf. Neukölln. — Königswusterhausen, Kabelower Ziegelei (Quartier). Tr. 5.30 Uhr abds. Bhf. Schmargendorf. — 12. Februar: Grunewaldwanderung. Tr. 7.00 Uhr vorm. Bhf. Stralau-Rummelsburg. — Kinderwanderung. Aquarium-Besuch am Zoo. Tr. 10.00 Uhr Bhf. Bellevue.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die nächste Geschäftssitzung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, im Verbandsbureau Breite Straße 8/9, statt. — Nachdem, um 6 Uhr, Zentralvorstandssitzung. Die Geschäftsleitung.

Pestalozzi-Fröbelhaus. Die Fortsetzung der im vorigen Jahre vertagten Generalversammlung und die Wahl des Vorstandes findet nunmehr am Freitag, den 10. Februar, abends 6 Uhr, im Bürgersaal des Schöneberger Rathauses (Rudolf-Wilde-Platz, Nähe Bayerischer Platz) statt. Pflicht aller Genossen, welche Mitglieder sind, ist es, zu erscheinen. Mitgliedskarten des P. F. H. sind unter allen Umständen mitzubringen, da ohne solche kein Zutritt. Die neuen Mitglieder, welche bis zum Freitag nicht in den Besitz der Karte gelangen, können dieselbe bis ½6 Uhr beim Genossen Dorwald, Belziger Str. 27 (Laden), gegen Ausweis abholen. Nach Schluß der Generalversammlung findet eine Zusammenkunft statt. Ort wird Freitag früh in der „Freiheit" bekanntgegeben.

Donnerstag, 9. Februar

Charlottenburg. Landagitationskommission. 7½ Uhr abends, Sitzung, Restaurant Grütiner, Lützow 8. Genossen, welche sich an der Landagitation beteiligen wollen, werden gleichfalls ersucht, zu erscheinen.

Freitag, 10. Februar

1. Distrikt (Berlin-Mitte). Vorstandssitzung bei Baum, Stallschreiberstr. 47, pünktlich abends 7 Uhr.

5. Verwaltungsbezirk. Männer-Chor U. S. P. 8 Uhr, Uebungsstunde, Schwabes Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a. Sangesfreudige Genossen werden gebeten, dem Chor beizutreten.

5. Verwaltungsbezirk. 17. Distrikt. Frauen-Arb.-Kommission und Kinderschutzkommission abends 7½ Uhr bei Wittschus, Petersburger Str. 5.

14. Distrikt, 3. Abteilung. 7½ Uhr. Funktionärkonferenz bei Hahn, Wörther Straße 15.

19. Distrikt (Kreuzberg). Agitations- und Zeitungskommission. 7½ Uhr, gemeinsame Sitzung bei Bieles, Dieffenbachstr 78.

Sektion Post und Telegraphie. 8 Uhr, wichtige Funktionärversammlung bei Pomeleit, Zoßstr. 7.

Vereinskalender

Streikende der Dinos-Werke Tempelhof. Folgende Abteilungen stehen Streikposten: Donnerstag: Rahmenbau und Einfahrtabteilung, Freitag: Werkzeugbau, Sonnabend: Roh- und Fertiglager, Montag: Abteilung Schubert. — Betriebsrat der Dinos-Automobil-Werke.

Donnerstag, 9. Februar

Zentralverband der Angestellten. Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden. Sitzung sämtlicher Sektionsleitungsmitglieder im Verbandsbureau, Belle-Alliancestr. 7/10, nachmittags 4 Uhr. Wichtige Tagesordnung!

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Die für Donnerstag, den 13. Februar, angesetzte Generalversammlung findet der Verkehrsunsicherheit wegen erst Dienstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, statt. Die Ortsverwaltung.

Freitag, 10. Februar

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche 2, Chemische Branche. Vollversammlung aller Untergruppen, abends 7 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. Tagesordnung: Vortrag über „Die Bedeutung der Wahlen zu den Betriebsvertretungen". 2. Neuwahl der Branchenleitung. Apothekenarbeiter müssen an dieser Versammlung teilnehmen. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Uniformen- und Maßbranche, abends 8 Uhr, im Lokal von Karl Witte, Poststr. 19, Gruppenversammlung.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Norden III. Mitgliederversammlung, abends 7½ Uhr, im Restaurant „Zum Hagenbeck", Ecke Müller- und Seestraße.

Bund der Technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Norden III, Rest. zum Hagenbeck, Ecke Müller- und Seestr., 7½ Uhr, Vortrag des Koll. Schlich; Reinickendorf, Rest. Schulz, Wittenau, am Bahnhof, 7½ Uhr; Siemensstadt, Rest. Schloßklause, Nonnendamm-Allee, abends 7½ Uhr.

Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn ein genügend frankierter Briefumschlag beigefügt ist. Das gleiche gilt für Anfragen aus dem Leserkreise.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Dr. Paul Hertz, Charlottenburg; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr Ueber die Kraft (1. Teil)

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: Die Gezierten. Zerbrochene Krug

Staatstheater. Opernhaus 7½ Uhr: Bohème. Schauspielhaus 7½: Lumpaci Vagabundus

Dir.: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½ U.: Cäsar u. Kleopatra. **Kammerspiele** 8 U.: Der Hühnerhof. **Großes Schauspielhaus** Karlstraße 7½ U.: Schwed. Ballett

Berliner Theater Heute 7.30 Uhr: Prinzessin Olala. Emmy Sturm

Komödienhaus: Heute 7.30 Uhr: Karussell mit Maria Orska, Joh. Riemann, Ralph Art. Roberts

Theater i. d. Königgrätzer Str.: Tag der Premiere „Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler", wird noch bekanntgegeben

Komische Oper 7½ allabendlich 7½. Die große Ausstattungs-Operetten-Revue Der Herr der Welt

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: Die Gräfin von Kempinski

Rotter-Bühnen Täglich 8 Uhr. Trianon-Theater: Olga. Residenz Theater: Eine Frau ohne Bedeutung. Kleines Theater: Täglich 7½ Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen?

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Lohengrin. 7 Uhr: Die Ehe im Kreise

Walhalla-Theater 8 Uhr: Die Mondscheindame

Casino-Theater Die neue Berliner Posse Familie Gänseklein

Theater v. Kottbuser Tor Tel.: Mpl. 1607. Tägl. 7½ U. u. Stg. nachm. 3 U. Elite-Sänger (Wührer-Konz.) Vvk. 11-1½, u. 4-6

Apollotheater Friedrichstraße 218. Letzter Monat. Rund um die Welt

Metropol Behrenstraße 54. 7½ Uhr. Das lustige Februar-Programm

Circus Busch spielt!! mit eigenen Licht- und Wasser-Anlagen!! Ungekürzt. Programm. Der Circus ist gut geheizt! Täglich 7½ Uhr, Sonnt. auch 3 U.

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 108-14. Heute, Donnerstag, 9. Febr. ELITE-TAG Bockbier-Fest in den bayr. Alpen. Gr. Schweineschlachten. 30 bayr. Mad'l. 8 Kapellen. Einlaß 6 Uhr

Altmetalle zahlt hohe Preise. Oderberger Str. 1. Amt Humboldt 417

Armeepistolen Mauser 7,63 kaufen zu höchsten Preisen oder tauschen gegen neue 6,35 oder 7,65. Waffenfrankonia Würzburg, Bayern

Schöne Literatur für die schulentlassene Jugend

Ins Leben hinein Für die Jugend zusammengestellt von Gg. Engelbert Graf. Elegant gebunden 12 Mark

Die Schwelle Gedichte u. Gedanken für d. proletarische Jugend. Herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf. Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Balaschek. Elegant gebunden 12 Mark

Ueber See und Heide Fahrten und Wanderungen von Paul John. Mit zahlreichen Illustrationen u. 3 Kunstblättern. Geschmackvoll gebunden 12 Mark

Romeo und Julia auf dem Dorfe Erzählung von Gottfried Keller. Mit einer Einleitung von Anna Siemsen; Buchschmuck von Otto Schoff. Halbleinen-Geschenkband 12 Mark

Diese Bücher eignen sich ganz besonders als Festgeschenke für die schulentlassene Jugend zur Schulentlassungsfeier / Jugendweihe

Bestellungen sind zu richten an: Buchhandlung „Freiheit" e.G.m.b.H. Berlin C 2 • Breite Str. 8-9

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm Wanzen beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit Eckolda. 100 000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg werden Sie staunen. Verlangen Sie nur Eckolda. Fabr. Eckolda-Werke, Essen. Zu haben in den Drogerien: Berlin N: Amann, Invalidenstr. 33; Humboldt-Drog., Brunnenstr. 99; H. Knappe, Reinickendorfer Str. 88; Kratz, Reinickendorfer Str. 119; H. Lange, Brunnenstr. 157; E. Lustig, Schönhauser Allee 86; Residenz-Drogerie, Exerzierstr. 22; O. Kirschke, Boitzstr. 2; Brüsseler Drogerie, Brüsseler Str. 49; O. Kanzler, Müllerstr. 150 a. Leopoldpl.; H. Schweitzer, Oranienburger Str. 69; NW: A. Ochert, Waldenserstr. 18; Drogenhaus Moabit, W. A. Born, Alt-Moabit 45, gegenüb. Jagowstr.; C: E. F. Neumann, Stralauer Straße 26; Prager, Neue Promenade 2 (Nähe Bahnhof Börse); O: Andreas-Drogerie, Kleine Andreasstr. 12; Glocken-Drog., Petersburger Straße 83, a. Baltenpl.; Hubertus-Drog., Ebertystraße 48; Pietsch, Grünberger Straße 7; S: E. Lehrke, Kottbuser Damm 81-82; SO: E. Berger, Brückenstr. 12; Central-Drogerie und Sanitätsbazar des Südostens, Dresdener Str. 18; Drogenhaus A. Eurassa, Oranienstr. 21; E. Berger, Brückenstr. 12; SW: E. W. Weirich, Blücherstr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog., Wilmersdorfer Straße 136; Lichtenberg: F. Heinrich, Frankfurter Allee 287; Neukölln: Zentral-Drog., Boddinstr. 65; Pankow: Georg Gorge, Breite Straße 40; Schöneberg: Drogenhaus Oswald Schäfer, Akazienstr. 4; Steglitz: Drogerie und Parfümerie Gran, Albrechtstr. 11; Tegel: H. Farchmin, Berliner Straße 93; Tempelhof: Gebr. Wittner, Berliner Straße 90

Preis das Paket Mk. 4.–

Spezial-Behandlung für alle Geschlechtsleiden, schnell, mögl. schmerzlos und ohne Berufsstörung. C. Weissert, Viele Jahre i. Krankenhäuser und Kliniken tätig gewesen. Brunnenstr. 191, I. Nähe Rosenthaler Platz. Spr. 10—12 u. 4—7, Sonnt. 10—12. Jede Behandl. 10 M. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren.

Botenfrau für sofort Tour Wagenerstraße. Spedition Tasdorfer Str. 25 Lichtenberg

Botenfrauen sofort gesucht Austragelohn pro Monat u. Abonnement M 4.20. Hauptexpedition C. 2, Breite Straße 8-9. Spedition Wutzky Choriner Straße 68 für Tour Meyer, Straßburger, Zionskirch- und Swinemünder Straße. Spedition Werner Greifswalder Straße 29. Spedition Wengels O, Cadiner Straße 11

Hautjucken Hautausschlag, Art Krätze beseitigt das schnell heilende Mittel Peruvianla. Sicherster Erfolg, leichte Anwendung. 1 Person 10 Mk., 2-3 Personen 15 Mk. franko. Eckolda-Werke, Essen, Vereinsstraße 35

Feldstecher Operngläser, Photoapp., Mikroskope kauft DWZ, Oranienstraße 128.

Tüchtige **Putz-Garniererinnen und Zuarbeiterinnen** sofort gesucht. Meldungen 1—2 Uhr mittags od. 5—6 Uhr abds. A. Jandorf & Co. Kottbuser Damm 1.

Arbeiterröcke engl. Uniform-Röcke, gebraucht, tadellos erhalten, M. 42.50 p. Stck. Ausrüstungs-Gesellsch. für Industrie und Landwirtschaftsbedarf m. b. H. Berlin C. 19, Petristr. 1-2, Verkaufszeit von 9—4 Uhr.

Möbel kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei Neugebauer, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Verband der Hausarztvereine, Bez. Nord.

Am Sonntag, den 5. Febr., früh ½5 Uhr, starb nach langem schweren Leiden unser 1. Vors.

Gen. Otto Wölke

Brunnenstraße 100. Einäscherung erfolgt am Sonnabend, den 11. Febr., nachm. 3 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeigen

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen gestorben sind:

Der Monteur

Karl Knappe

Reinickendorf, Dohnastr. 14, am 4. d. Mts. nachmittags 5½ Uhr.

Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 11. Februar, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Der Dreher

Gustav Ott

Frankfurter Allee 342, am 6. d. Mts.

Die Einäscherung findet am Dienstag, den 14. Februar, nachm. 5½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr., statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages. Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.75 M. netto. Stellengesuche: Ueberschriftswort 2,— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M.

Verkäufe

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme diskrete Ratenzahlung. Leiser Gorlich, Kollendorfstr. 27 a, Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Bettwäsche allerbilligst! Weiße Woche bis 11. 2. Letzter günstiger Einkauf vor Preiserhöhung. Deckbettbezug von 76.— Laken 62.— Inlett 140.— Ausdruck Sonderrabatt. Wäschestoffe, Handtücher, Bettinlett aus prima Qualitäten. Riesige Auswahl zu Fabrikpreisen. Reelle Bedienung. Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Grünstr. 39 (Hasenheide). Fahrtvergütung.

Staunenerregend! Sämtliche Pelzwaren jetzt zu ganz bedeutend herabgesetzten Spottbilligen Sommerpreisen! Kleine Versäumnis! Spezial-Pelzverkauf im Privathaus! Warschauer Str. 7.

Gelegenheitskäufe. Gut und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Möbel

Chaiselongues 100,-, Chaiselonguedecke 75,—. Metallbetten 160.—, Kinderbettstellen. Werkstatt Kunstkirche 70a. Quab.

Chaiselongues, Umbauten, Auflegematratzen, Patentmatratzen 240.— Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg: Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Kücheneinrichtungen, Nußbaumwohnzimmer, Sofas, Ruhebetten günstig billig.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, Lackfarbe, kompl. Verglasung, 675.—. Schlafzimmer Eiche weiß und Nußbaum mit, 7960 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2800 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit" Breite Str. 8-9.

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preisw. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 Schönhauser Tor.

Fahrräder

Fahrradankauf, Linienstr. 15

Kaufgesuche

Kokoschi, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwarenfabrik, Brunnenstraße 165.

Die Hohenzollern-Legende von Maurenbrecher, gebunden oder in Heften, kauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Glühlampen, Elektromaterial kauft Schröder, Veteranenstr. 6.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 20 a (gegenüber Mariannenstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Spiralbohrer, Feilen, Maschrauben, Nägel. Wahnemanstr. 21.

Tiermarkt

Kaufe Hunde, gleich, Pregel, Schulstraße 106.

Verschiedenes

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Gut gebund., 352 Seiten stark, nur 5.— M., Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Beachtet bei Einkäufen unsere Inserenten.